

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 273 (2000)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(vom 16. Mai 1998 bis 15. Mai 1999)

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfreute sich Europa eines halben Jahrhunderts des Friedens. Die zwischenstaatlichen Beziehungen konnten vor der berüchtigten Clausewitz'schen «Politik mit anderen Mitteln» abgeschottet werden, obschon das Einvernehmen der Westmächte mit der Sowjetunion das Kriegsende nur knapp überlebte und schon bald wieder die machtpolitischen Interessengegensätze und die Unvereinbarkeit der Ideologien in den Vordergrund rückten. Dennoch, nachdem vor dem östlichen Teil des Kontinents, der von der Sowjetunion kurzerhand vereinnahmt worden war, der sog. Eiserne Vorhang niedergegangen war, pendelte über dem Rest von Europa fortan das Damoklesschwert einer direkten militärischen Aggression der Sowjetunion und des Warschauer Pakts. Dazu kam es glücklicherweise nicht; aber es folgte dann die Jahrzehnte anhaltende Periode eines Kalten Krieges zwischen Ost und West mit einem tödlichen «Gleichgewicht des Schreckens» in Form von jederzeit einsatzbereiten Kernwaffen auf beiden Seiten.

Dabei waren die europäischen Staaten diesseits des Eisernen Vorhangs zunächst eindeutig militärisch unterlegen, obschon sich die USA nicht – wie nach dem Ersten Weltkrieg – von Europa wieder distanzierten und einem schick-

salhaften Isolationismus verschrieben. Um ein gegenüber dieser ernsthaften Bedrohung aus dem Osten wirklich abschreckendes militärisch-strategisches Gleichgewicht mit politischer Wirkung zu erstellen, bedurfte es einer verlässlichen Vereinigung des ganzen Abwehrpotenzials. Deshalb schritten die westlichen Staaten am 4. April 1949 unter amerikanischer Führung zur Gründung einer Verteidigungsallianz, der *NATO*. Die in dieser Organisation zusammengefassten Staaten von Europa unter Einchluss der Vereinigten Staaten und Kanadas schlossen einen Vertrag, gemäss welchem ein militärischer Angriff auf ein einzelnes Mitglied der *NATO* unverzüglich als Angriff auf alle anderen Mitglieder der Allianz zu werten und mit allen gemeinsamen Streitkräften solidarisch zu beantworten sei. Es wurde ein integrierter Oberbefehl in Europa geschaffen und ei-

ne gemeinsame Planung der Operationen mit allmählich auch koordinierten Rüstungsanstrengungen. Der später vorhandenen nuklearen Bedrohung durch die Sowjetunion konnte vor allem dank dem rasch wachsenden Nuklearpotenzial der USA im Verein mit den britischen und französischen Atomwaffen effektiv gekontert werden.

Seit 1945 schwiegen die Waffen in Europa und einem sowjetischen Angriff mit Vorstoss



Ruth Dreifuss
Bundespräsidentin für das Jahr 1999
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

an den Atlantik und an den Rhein konnte mit Erfolg ein Riegel vorgeschoben werden. Dies ist im Rückblick ganz zweifellos dem Vorhandensein der NATO mit dem strategischen Schutzschild der USA zu verdanken, der nicht zuletzt auch in Form einer massiven Präsenz sofort einsatzfähiger amerikanischer Truppen Eindruck machte. Die Frage zu beantworten, ob oder wie weit der schliesslich erfolgte Kollaps der UdSSR auch auf das Konto der NATO zu buchen sei, bleibt der historischen Forschung überlassen. Sicher ist jedenfalls, dass das Defensivdispositiv der NATO die Erfolgsschancen eines sowjetischen Angriffs mit militärischen Mitteln letzten Endes zunichte gemacht hat, was der sowjetischen Führung natürlich nicht verborgen geblieben ist.

Das Abtreten der Sowjetunion von der Weltbühne als Supermacht und eben gleichzeitig auch als möglicher Aggressor auf dem europäischen Schauplatz hat indessen plötzlich die NATO ihres bei ihrer Gründung beschworenen Daseinszwecks beraubt, was sie logischerweise in eine Existenzkrise stürzen musste. Wenn sie nicht als überflüssig gewordene Organisation aufgelöst werden sollte, musste ihr ursprüngliches Konzept den völlig veränderten, neuen Umständen angepasst werden. Von den Mitgliedern der NATO wurde hierauf übereinstimmend beschlossen, ihre vorhandenen und bewährten Strukturen beizubehalten, aber sie inskünftig für die Förderung und Sicherheit des Friedens in Europa allgemein einzusetzen. In dieser Perspektive wichtig wurde die Absicht, inskünftig die NATO einer wachsenden Zahl von Ländern auch im Osten von Europa zugänglich zu machen. Diese Ausdehnung der NATO in Richtung Osten ist am 2. Februar 1999 mit der offiziellen Einladung an Polen, Ungarn und die Tschechei in die Wege geleitet worden, und am 12. März erfolgte der Beitritt der drei Kandidaten, denen später noch andere aus dem sowjetischen Joch befreite Länder folgen können. Allerdings befürchtet Russland eine Einkreisung durch die NATO an seiner Peripherie, weshalb es eine Ausdehnung dieser Allianz bis an seine heutigen Grenzen zu verhindern trachtet. Dadurch wird der Prozess

der Osterweiterung der NATO vorerst gebremst, weil man im Westen eine unnötige Provokation der sich restrukturierenden Russischen Föderation im Interesse einer friedlichen Koexistenz vermeiden will.

Am 22./23. April konnte die NATO den 50. Jahrestag ihrer Gründung feiern. Aus diesem Anlass wurde in Washington ein Gipfeltreffen ihrer Mitglieder abgehalten. Dieser Zusammenkunft kommt wahrhaft historische Bedeutung zu, wurde doch bei dieser Gelegenheit ein neues NATO-Konzept gebilligt, gemäss welchem inskünftig auch «Ausseneinsätze zur aktiven Krisenbewältigung» praktiziert werden sollen. Das heisst nichts anderes, als dass also nunmehr der Charakter einer reinen Verteidigungsallianz aufgegeben wird und Interventionen der NATO autonom (und ohne Zustimmung der UNO) in Szene gesetzt werden können. Die Folgen der Aufgabe des Prinzips der Verteidigung der NATO-Staaten gegen einen Angriff von aussen sind allerdings höchst problematisch, je nach den Umständen auch für die NATO selber!

Schon vor dieser revolutionären Selbstlegitimierung zu eigenmächtigen Interventionen ausserhalb des Territoriums der NATO-Staaten ist effektiv die NATO bereits in diesem neuen Sinn zur Tat geschritten. Den Anlass dazu geben die verworrenen Verhältnisse in der 1990 von Rest-Jugoslawien zur Provinz von Serbien degradierten, vormals autonomen Teilrepublik Kosovo. Hier hatte die mehrheitlich albanischstämmige Bevölkerung nach jahrelanger Diskriminierung und politischer Entrechtung durch die Regierung in Belgrad in extremis ihrerseits zur Gewalt gegriffen. Eine neu gebildete so genannte «Befreiungsarmee der Kosovo-Albaner» (UCK), die eine Sezession von Serbien anstrebt, entfesselte einen Bürgerkrieg, während serbische Polizeikräfte, von der jugoslawischen Armee unterstützt, mit brutalen Einsätzen der Situation Herr zu werden versuchten. Dabei kam es zu Vandalenakten, zu Misshandlungen, ja sogar zu Massakern in Dörfern, welche der Unterstützung der bewaffneten Kämpfer der UCK bezichtigt wurden. Internationalen Bemühungen, den Bürgerkrieg

einzuämmen und das Regime von Milosevic von der immer drastischeren Gewaltanwendung zur Unterdrückung der UCK abzubringen und Ruhe und Ordnung in der Provinz dank der Anwesenheit von internationalen «Beobachtern» wieder herzustellen, war kein Erfolg beschieden. Im Gegen teil, es wurde bald einmal offensichtlich, dass die jugoslawische Zentralregierung in Belgrad sich zum Ziel gesetzt hatte, die albanischstämmige Bevölkerung aus der ganzen Provinz zu vertreiben. Sie tat dies mit der mythologischen Begründung, dass dieses Gebiet im frühen Mittelalter einmal das Kerngebiet eines grossserbischen Königreichs gewesen sei, bis es nach der von den Serben verlorenen Schlacht auf dem Amselfeld (1389) unter die Herrschaft der Osmanen geriet und nach und nach islamisiert und von Albanern besiedelt wurde, welche die serbische Bevölkerung in Minderheit versetzte.

Die sich lange hinziehenden Verhandlungen und Ermahnungen für eine friedliche Lösung des Konflikts anlässlich eines letzten Anlaufs im Schloss Rambouillet bei Paris scheiterten definitiv – Jugoslawien weigerte sich, an Stelle der eigenen Polizei und Armee in Kosovo Truppen der NATO zuzulassen, welche die Ordnung und Sicherheit beider Bevölkerungs teile sichern sollten. Daraufhin schritt die NATO nach schon wiederholten, vorgängigen Drohungen am 24. März zu Bombardierungen in Jugoslawien. Der erklärte Zweck dieser Luftangriffe war ein humanitärer, sollte doch dadurch der Politik der Einschüchterung der albanischen Bevölkerung, um diese zum Verlas-



Regierungswechsel in der Bundesrepublik Deutschland im September 1998:
Gerhard Schröder wird neuer Bundeskanzler und Chef
der rot-grünen Regierung
(Foto: DPA)

sen ihrer Heimat zu zwingen, Einhalt geboten und die Forderungen von Rambouillet durchgesetzt werden, welche zwar Massnahmen zur Sicherheit aller Einwohner von Kosovo vorsahen, aber die Zugehörigkeit des ganzen Gebiets zu Jugoslawien nicht in Frage stellten. Als es offenbar wurde, dass das Regime von Milosevic sich auch unter dem Bombenhagel der NATO nicht zu beugen anschickte, wurde eine zweite Phase des Luftkriegs durch Ausdehnung der Angriffe auf militärische Objekte und die jugoslawischen Truppen eingeleitet. Offensichtlich sollte im Hinblick auf einen eventuell später notwendig werdenden Einsatz der NATO mit Bodentruppen das militärische Potenzial des Gegners entscheidend geschwächt werden.

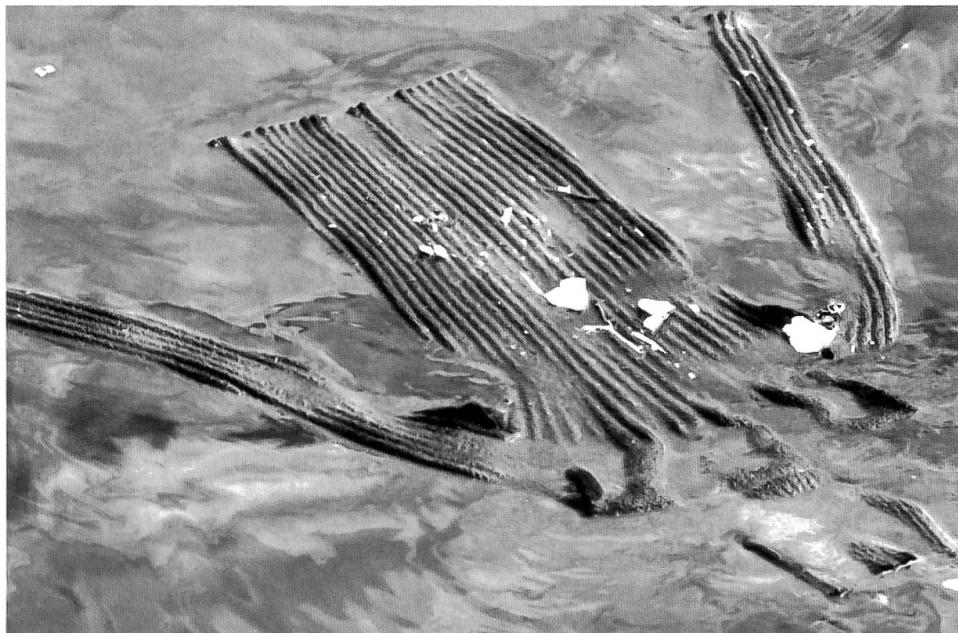
An dieser Stelle sei eine beherzigenswerte Feststellung von Divisionär Hans Bachofner in einem Vortrag über den «verpfuschten Krieg um Kosovo» zitiert, die so lautete: «Von Afghanistan bis Angola, von Korea bis Kosovo, von Verdun bis Vietnam: Die Kriegsgeschichte

des Jahrhunderts ist auch eine Geschichte der Fehlkalkulationen, der Selbsttäuschungen, der Torheit der Regierenden.»

Auch der Kosovo-Krieg entstand ironischerweise auf Grund von irrgen Annahmen auf beiden Seiten: Einerseits scheint Milosevic die Drohung des Ultimatums, die Forderungen von Rambouillet mit Waffengewalt durchzusetzen, nicht wirklich ernst genommen zu haben. Andererseits gab man sich in den Regierungen der NATO-Länder und im NATO-Hauptquartier der ebenso irrgen Annahme hin, das Regime von Milosevic werde nach den ersten Schlägen aus der Luft rasch kapitulieren. Beide Seiten sollten eines Schlechteren belehrt werden. Der gezielte Luftkrieg gegen Jugoslawien hat monatelang nicht zu dem erwarteten Ergebnis eines «Friedens durch Bomben» geführt. Vielmehr scharte sich das serbische Volk hinter Milosevic und wandte sich angesichts der Zertrümmerung der Infrastruktur Serbiens und einer immer grösseren Zahl von zivilen Opfern mit Hass und Erbitterung gegen die NATO (und zumal gegen die USA). Die Absicht, den Menschenrechten in Kosovo Nachachtung zu

verschaffen, hat somit zum Gegenteil geführt: Die Gewaltakte haben zugenommen, und die Vertreibung der albanischstämmigen Bevölkerung mit Hunderttausenden von Flüchtlingen in den Nachbarländern ist vielmehr nach dem Beginn der militärischen Intervention mit immer rücksichtsloserer Radikalität durchgeführt worden, sodass bis Mitte Mai Milosevic und seine Schergen das Ziel der sog. «ethischen Säuberung» nahezu vollständig erreicht haben. Was weiter geschehen wird, ist nicht voraussehbar, auch wenn es scheint, dass der von Jelzin eingesetzte Sonderbeauftragte Tscher-nomyrdin, ehemaliger russischer Ministerpräsident, nicht ganz ohne Chancen ist, mit neuen diplomatischen Verhandlungen in Belgrad eine beidseits akzeptable Lösung zur Beendigung der Feindseligkeiten zustande zu bringen.

Eine das konkrete Geschehen übergreifende Betrachtung drängt sich auf. Möglicherweise steht man dank dieses tragischen Geschehens im Balkan jetzt vor einer folgenreichen Konzeptionsänderung des Völkerrechts, indem das seit dem 17. Jahrhundert sakrosanke Prinzip unantastbarer staatlicher Souveränität zu Gunsten einer verbrieften Respektierung der Menschenrechte und der Existenzsicherung aller Völkergruppen mit global garantiertem, verlässlichem Minderheitenstatus durchbrochen oder relativiert wird! Freilich könnte ein solcher gewiss längst fälliger humanitärer Fortschritt vielleicht zur Folge haben, dass kein Staat je mehr sicher sein kann vor ausländischen militärischen Interventionen unter Bezugnahme auf irgendwelche moralische Rechtfertigungen, welche keines-



Absturz einer Swissair-Maschine vor der kanadischen Küste,
bei dem 229 Menschen ums Leben kamen
(Foto: Keystone)

wegs gefeit sind, auch in Zukunft wieder machtpolitischer Willkür als quasi idealistischem Vorwand und billiger Ausrede zu dienen – wie gehabt!

* * *

Die Tragödie von Kosovo als in der Geschichte verwurzelter ethnischer Konflikt findet auch anderswo in der Welt Parallelen. Solche Konflikte sind oft latent, aber zeitweise explosiv. Zu erwähnen ist an dieser Stelle der nun schon fünfzehn Jahre andauernde bewaffnete, von Abdullah Öcalan unter dem Signet der PKK geführte Kampf der Kurden gegen die türkische Republik im östlichen Teil Anatoliens. Die heute in der *Türkei* lebenden zahlreichen Kurden, deren Siedlungsgebiet sich von Alters her auch über die angrenzenden Gebiete der Nachbarstaaten ausdehnt, sind ein ethnisch und kulturell eigenständiges Volk indoeuropäischer Prägung. Ihnen ist von jeher die Eigenstaatlichkeit versagt geblieben. Unter der türkischen Herrschaft ist sogar die Existenz und Identität eines kurdischen Volkes von den Machthabern geleugnet worden; sie wurden bezeichnenderweise offiziell als «Berg-Türken» bezeichnet!

Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson hatte den Kurden am Ende des Ersten Weltkriegs im Rahmen der Neuordnung des untergegangenen Osmanischen Reiches die Eigenstaatlichkeit versprochen – ein Versprechen, welches dann nach Kriegsende von den Siegermächten nicht eingelöst worden ist. Das kurdische Siedlungsgebiet ist damals auf der politischen Landkarte kurzerhand zerstückelt und aufgeteilt worden. Die Kurden blieben fortan unruhig und versuchten die Autonomie mit Aufständen zu erlangen, allerdings nicht ohne sich immer wieder auch untereinander zu bekämpfen – so vor allem im Irak. Der gnadenlose Bürgerkrieg in der Türkei dauert nun schon 15 Jahre und hat bis heute schätzungsweise 40 000 Todesopfer gefordert. Im Zuge der Operationen der türkischen Armee gegen die PKK ist es auch zur Zerstörung vieler kurdischer Dörfer und – nota bene wie in Kosovo – zu Vertreibungen gekommen. Aber die Tür-

kei ist Mitglied der NATO und hatte deshalb nie eine aktive Unterstützung der aufständischen Kurden von aussen zu befürchten!

Aber die Guerilla-Kriegsführung der PKK unter Führung von Öcalan mit Sabotagehandlungen und Attentaten wuchs sich immer mehr zu einer schweren Belastung der Türkei im Innern und zur Minderung des moralischen Ansehens Ankaras bei den Verbündeten im Westen und zumal in der EU aus, welcher die Türkei gelegentlich beizutreten wünschte. Unter türkischem Druck musste schliesslich Syrien den Kurdenführer Öcalan, der in diesem Land sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, wegweisen. Dieser fand schliesslich in Rom eine provisorische Bleibe. Dort nicht mehr toleriert, setzte er seine Odyssee in Europa fort und landete zuletzt in Nairobi, wo ihm die griechische Botschaft Zuflucht gewährte. Noch ungeklärt ist, wie und auf Grund welcher Konspiration mehrerer Geheimdienste dann Öcalan entführt und an die Türkei ausgeliefert worden ist, wo er sich vor einem Sondergericht des Hochverrats, des Terrorismus und des vielfachen Mords zu verantworten hat. In extremis versuchte Öcalan die ihm harrende Todesstrafe durch ein Angebot abzuwenden, innert drei Monaten den Aufstand der PKK zu beenden und seinen Gefolgsleuten den Befehl zu erteilen, dass sie die Waffen niederlegen, wenn die Türkei die PKK als Partei anerkenne und den Kurden die Gleichberechtigung zugestehe. Am Ende unserer Berichtsperiode waren die Weiterungen noch nicht zu erkennen.

* * *

Weltweit sind wie eh und je auch in der Berichtsperiode eine grosse Zahl von anderen Konflikten zu signalisieren, welche die Schwelle zur Gewaltanwendung überschritten haben. Es handelt sich in der Mehrzahl der Fälle um innerstaatliche Auseinandersetzungen mit Bürgerkriegscharakter. Zu nennen sind der Kongo, Angola und Algerien, Liberia und Sierra Leone, der Sudan, der mexikanische Staat Chiapas, Kolumbien, Sri Lanka sowie (bis Dezember 1998) auch Kambodscha. Im östlichen Teil der Insel Timor, vormals eine portugiesi-

sche Kolonie, die von Indonesien überfallen und annexiert worden war, ist die Rebellion der katholischen Bevölkerung gegen ihre neuen Herren in Djakarta nie zu Ende gegangen. Nachdem nun im Februar 1999 der neue indonesische Präsident Habibie die Bereitschaft Indonesiens zur Aufgabe von Ost-Timor erklärt hat, sind auf der Insel Gewalttätigkeiten wieder an der Tagesordnung. Diesmal ist es die Gegenseite unter Zuzug indonesischer Polizei und Parteigänger, welche den blutigen Zwist vorantreibt.

Damit nicht genug: Es waren in der Berichtsperiode auch einige Kriegshandlungen im zwischenstaatlichen Bereich zu verzeichnen. In letzter Zeit hatte es so geschienen, dass trotz oder wegen der neuerdings in Indien und Pakistan durchgeführten Kernwaffenexperimente der Paroxysmus der gegenseitigen Vernichtungsdrohung zu einem politischen Ausgleich führen könnte. Im Februar fand sogar ein überraschendes erstes Treffen zwischen den beiden Staatspräsidenten in Lahore (Pakistan) statt. Aber wenige Wochen später war wieder ein Rückfall in die jahrzehntealte Feindschaft zu verzeichnen. Der Anlass für diesen jähnen Temperatursturz in den Beziehungen war die massive Infiltration von pakistanischen Freischärlern in den indischen Teil des zwischen den beiden Staaten aufgeteilten Kaschmir. Der Übergriff führte prompt zu einer harten militärischen Reaktion Indiens im strittigen Gebiet. Unerwartete Kriegshandlungen waren auch von der Grenze zwischen Eritrea und Äthiopien zu melden. Eritrea hatte sich in einem jahrelangen Kleinkrieg aus der von Anfang an problematischen Föderation mit dem grösseren Nachbarland gelöst und seine Unabhängigkeit und Souveränität erfochten. Darauf folgte eine Periode einvernehmlichen Zusammenspielns. Leider blieb aber die Grenzziehung zwischen den beiden Staaten teilweise unpräzis. Eritrea schritt im letzten Jahr zur militärischen Besetzung der von ihm beanspruchten, an sich wenig bedeutungsvollen Grenzgebiete, worauf die «klassische» Antwort Äthiopiens mit den gleichen Mitteln sofort folgte. Es wird mit ausländischer Vermittlung

versucht, den bewaffneten Konflikt zu beenden, der Äthiopien seines wichtigen Zugangs zum Hafen von Assab beraubt hat.

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die Vereinigten Staaten im Verein mit Grossbritannien versucht haben, im Rahmen der UNO eine zweite Grossaktion gegen Irak zu inszenieren. Saddam Hussein war sowohl hinsichtlich der nach dem «Wüstensturm» von ihm konzedierten Kontrolle und Beseitigung von Massenvernichtungswaffen wie auch dem Irak auferlegten Flugverbotszonen im Norden und Süden des Landes vertragsbrüchig geworden. Das provozierte eine harte Reaktion. Als, insbesondere wegen der Teilnahmeverweigerung von Frankreich und Russland, seitens der UNO eine neuerliche gemeinsame, militärische Intervention nicht zustande kam, beschloss Clinton mit Grossbritannien kurzerhand den Alleingang. Seither werden einschlägige Rüstungszentren und militärische Installationen im Irak von amerikanischen Stützpunkten der Türkei und auch vom Persischen Golf aus sporadisch bombardiert. Unabhängig davon wurden im Mittleren Osten auch amerikanische Luftangriffe zur Bestrafung des saudiarabischen Milliardärs und antiamerikanischen Terroristen Usama bin Ladin in dessen Reduit in Afghanistan geflogen, nachdem dessen Urheberschaft von verlustreichen Bombenattentaten auf die amerikanischen Botschaftsgebäude in Kenia und Tansania und auf andere Objekte nachgewiesen worden war.

* * *

Im Berichtsjahr ist die *europäische Integration* mit dem Beginn der Vereinheitlichung der Währung einen grossen Schritt vorangekommen: Der Euro ist am 1. Januar 1999 zur offiziellen «Buchwährung» avanciert und soll auf den Jahresbeginn 2002 die nationalen Valuten in elf der 15 Mitgliedstaaten der EU ablösen. Jacques Santer, der damals amtierende EU-Kommissionspräsident, äusserte sich zu diesem Anlass so: «Der Euro ist mehr als ein monetäres Instrument. Er ist ein Signal für einen neuen Start für Europa.» Eher erstaunlich ist, dass die Anteilnahme der Bevölkerung in Eu-

ropa eigentlich gering war, obwohl die Börsenkurse in den fraglichen Ländern bereits auch schon auf den Euro umgestellt worden sind. Der Wechselkurs des Euro hielt sich anfänglich stabil, verlor aber von Januar bis Mai doch ca. 10% seines Werts, was auf das unterschiedliche Wirtschaftswachstum und auf die neuerdings allenthalben in Europa wieder zurückgestuften Erwartungen in Bezug auf den Konjunkturverlauf zurückzuführen ist. Dahingestellt sei, warum der Dollar, zusammen mit den Rekordkursen an der Wall Street, mittlerweile unrealistische Höhenflüge absolviert hat. Eine gewisse Ernüchterung im Zusammenhang mit der EU ist jedenfalls in der ersten Jahreshälfte 1999 eingetreten, nachdem ruchbar geworden ist, wie in Brüssel Gelder unnötig verschwendet worden sind und dass ein hohes Mass von Nepotismus mit betrugsähnlichen Tatbeständen und Misswirtschaft zum Vorschein gekommen sei (Fall Cesson). Die Kommission unter Santer sah sich deshalb gezwungen, am 16. März gesamthaft zurückzutreten. Und acht Tage später ist der ehemalige italienische Ministerpräsident Prof. Romano Prodi aus Bologna zum neuen Kommissionspräsidenten nominiert worden. Am EU-Gipfel vom 26. März in Berlin konnte die Finanzordnung der EU für die nächsten sieben Jahre bereinigt werden, was die Voraussetzung ist für ihre in Aussicht genommene Osterweiterung.

In *Deutschland* war am 27. September ein parteipolitischer Gezeitenwechsel zu verzeichnen. Dem 16 Jahre lang amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl ist es nicht gelungen, in den Wahlen zum Bundestag ein weiteres Mal seine Partei in Koalition mit der FDP zum Sieg



Frankreich als Siegernation der Fussballweltmeisterschaft 1998
(Foto: Vandystadt Agence de Presse)

zu führen. Die CDU/CSU vermochte nur gerade 35,4% der Stimmen zu erringen, ihr schlechtestes Resultat seit 1945. Auf der anderen Seite brachte es die SPD diesmal von vornmals 36,4% auf nunmehr 41,4%! Damit erwarb die bisherige Opposition im Bundestag die Mehrheit. Das Amt des Bundeskanzlers ging am 27. Oktober auf Gerhard Schröder über, der sich auf eine Koalition der Sozialdemokraten mit den Grünen stützen kann. Der Start der neuen Bundesregierung stand allerdings nicht unter einem guten Stern. Wegen überrissenen Steuerreformplänen des neuen Finanzministers Oskar Lafontaine, des ehemaligen Rivalen Schröders um die Führung, kam es bald zu einem schweren Zerwürfnis in der Regierung, das schliesslich mit dem demonstrativen Rücktritt Lafontaines endete. Schröder hat inzwischen Tritt gefasst und einen immer drohenden Bruch mit seinen grünen Partnern geschickt vermeiden können. Aber der Aufsehen erregende Triumph der SPD und ihrer Verbündeten scheint in den Bundesländern teilweise schon wieder korrigiert zu werden: Die Wahlen in Hessen vom 8. Februar haben in diesem Bun-



Staatsbesuch des französischen Präsidenten Jacques Chirac
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

desland zur Ausbootung der SPD aus der Regierung geführt, wobei zu erwähnen ist, dass die Grünen und die FDP mit einem starken Rückgang ihrer Wähleranteile eine schwere Schlappe erfahren mussten.

In *Frankreich* hat die Kohabitation zwischen dem für eine siebenjährige Amtszeit gewählten bürgerlichen Staatspräsidenten Chirac und des sozialistischen Ministerpräsidenten Jospin erstaunlicherweise zu keiner Zerreissprobe geführt. Bedenklich allerdings ist, dass die Streikbereitschaft so gross geblieben ist wie zuvor. Im Januar kam es zu einer Aufspaltung des rechtsextremen «Front national» in eine Le Pen folgende Gruppe und eine solche, die an einem Sonderparteitag an dessen Stelle Bruno Mégret zum Führer der Partei gewählt hat. Während es gelungen ist, in *Neukaledonien* vorläufig die Ruhe wieder herzustellen, gibt es auf *Korsika* Anzeichen des Wiederaufflammens von Unruhen und einer Desintegration der rechtsstaatlichen Ordnung. Das seit de Gaulle schwierige Verhältnis zur NATO, deren Mitglied Frankreich (unter einigen Vorbehäl-

ten) geblieben ist, scheint sich zusehends zu bessern. So ist die Intervention gegen Serbien durch die Entsendung des Flugzeugträgers «Foch» vor Ort sowie von Kampfflugzeugen und einem Truppenkontingent aktiv unterstützt worden.

Italien hat sich wieder einmal den Luxus einer neuen Regierung geleistet. Am 9. Oktober ist die immerhin über zwei Jahre amtierende Regierung Romano Prodi von den Kommunisten im Verein mit der Opposition gestürzt worden, worauf unter der erstmaligen Ministerpräsidentschaft eines früheren Mitglie-

des der KPI, Massimo d'Alema, eine Linksregierung zum Zug kam. Ausschlaggebend für den Sturz des Kabinetts Prodi war das Ausscheren der Kommunisten in der Debatte über das Budget, welches die im Hinblick auf die Einführung des Euro verbesserte Finanzlage des Landes hätte konsolidieren sollen. Bei Ablauf der Amtszeit des Staatspräsidenten Scalfaro ist dieser durch den parteilosen Ciampi ersetzt worden. Grosse Schwierigkeiten machte einmal mehr die Abdichtung der langen Mittelmeerküste Italiens gegen den Ansturm unerwünschter Einwanderer, vor allem aus Albanien und mithin von Kosovo-Flüchtlingen.

Grossbritannien verzeichnete überraschende Fortschritte in der Befriedung *Nordirlands*. Die Neuordnung der politischen Strukturen mit eigenem Parlament wurde dort am 22. Mai in einer Volksabstimmung gebilligt, allerdings ohne dass Unruhen und Terroranschläge jetzt vollständig ausgeblieben wären. Neuer «Erster Minister» von Nordirland wurde David Trimble, ein Protestant, während zu seinem Stellvertreter der Katholik Seamus Mallon design-

niert worden ist. Innenpolitisch von grosser Bedeutung ist, dass nach einer entsprechenden Volksabstimmung in Schottland und Wales das «Vereinigte Königreich» nun entschlossen den Weg einer verstärkten Regionalisierung beschreitet. *Schottland* und *Wales* haben je ein eigenes Parlament zugestanden erhalten; die Wahlen dazu haben am 6. Mai in den beiden Teilen von Grossbritannien stattgefunden. In Schottland hat sich Labour als stärkste Partei etabliert, während die SNP (schottische Nationalisten) mit mehr als 30% die Opposition bilden. Aussenpolitisch lehnt sich die Regierung Blair stark an die vorgezeichneten Linien der amerikanischen Regierung an, was sowohl in der Haltung gegenüber Saddam Hussein wie auch gegenüber Milosevic deutlich zum Ausdruck gekommen ist.

Was die *Vereinigten Staaten* betrifft, so erweist es sich für die einzige Supermacht als schwierig, die unweigerlich mit Tücken und oft mit Inkonsistenz behaftete Rolle als «Weltpolizist» zu spielen. Widerwillig hat Präsident Clinton einsehen müssen, dass das Weltmachtmopol der USA nicht mehr gestattet, sich der Verantwortung für die Zukunft der Welt durch die Beschränkung auf die eigenen, nationalen Interessen zu entschlagen. Sich mit dieser neuen Situation, für welche die amerikanische Öffentlichkeit noch wenig Verständnis hat, abzufinden und eine rational darauf bezogene aussenpolitische Linie ohne Arroganz und Schulmeisterei zu verfolgen, braucht noch einen allseitigen Lernprozess!

Die traditionelle Führung Amerikas in der NATO ist durch Clintons Hartnäckigkeit und Kühnheit in der Konfrontation mit Milosevic noch verstärkt worden. Europa bleibt somit noch immer ein erstrangiges Interessen- und Einflussgebiet der USA, obschon deren Blicke immer mehr nach Ostasien – und vorläufig noch nach dem Nahen und Mittleren Osten – zielen. Clinton hat alles getan, um die Beziehungen zu China der vorhandenen Mentalitätsunterschiede und ideologischen Differenzen zum Trotz so reibungslos wie möglich zu gestalten. Dessen ungeachtet ist die vertragliche Zusammenarbeit zur militärischen

Sicherheit von Japan in diesem Jahr verlängert worden. Abgekühlt haben sich jedoch die Beziehungen zu Russland. Dessen Entwicklung bereitet Sorgen. Aber längerfristig gelten die Hauptprobleme in Amerika dem sich immer mehr ausbreitenden internationalen Terrorismus, der Präsenz von «Schurkenstaaten» à la Irak und der unkontrollierten Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Clinton persönlich hat mit viel Glück seinen Kopf aus der Schlinge der Lewinski-Affäre herausziehen können. Die Bestrebungen zu seiner Amtsenthebung im Senat sind schliesslich gescheitert. Von der unglückseligen erotischen Eskapade bleibt im Nachhinein kaum viel mehr als eine anekdotische Fussnote in Clintons Biografie übrig. Für die Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit bezeichnend ist, dass der Versuch der Republikaner, aus dieser Affäre politisches Kapital zu schlagen, völlig fehlgeschlagen hat.

Während sich 1997 in *Russland* die Indizien mehrten, dass in diesem an Ausdehnung und Bevölkerung immer noch riesengrossen Reich die Zerrüttung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ein Ende finde, haben sich solche Erwartungen wieder zerschlagen. Neue, schwere Krisen sind hereingebrochen, welche den zu Jahresbeginn 1998 neu eingeführten «stabilen Rubel» erneut zu Tal fahren liessen und das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachten. Die unter Jelzin immer nur halbherzig durchgeführten Strukturreformen schlagen zurück und untergraben jede Zuversicht auf Besserung der Lebensverhältnisse. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt inzwischen an oder unter der Armutsgrenze. Und das für Investitionen unabdingbare Vertrauen in eine Normalisierung fehlt vollends. Statt eines Zuflusses von Kapital erfolgt dessen Abfluss ins Ausland. Russlands Auslandschulden betragen 180 Mrd. Dollar, die Inlandschulden schätzungsweise gegen 170 Mrd. Dollar. Erschwerend war letztes Jahr eine Missernte wegen lange anhaltender Trockenheit und nachfolgender verheerender Regenfälle, wie sie seit den Kriegsjahren nie mehr zu beklagen gewesen ist. Zwar scheinen die Ernteaussichten für

1999 günstiger zu sein; aber auch im landwirtschaftlichen Bereich rächt sich zusehends der desolate Zustand der Ausstattung mit Maschinen und Geräten, ganz abgesehen von den auch hier ungelösten strukturellen Problemen und untüchtigen Managern.

Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise setzte Präsident Jelzin am 23. August die erst seit März 1998 amtierende Regierung Kirijenko ab; die Wiedereinsetzung des damals von ihm abgesetzten Ministerpräsidenten Tschernomyrdin scheiterte indes an der verweigerten Bestätigung durch die Duma. Nach langem Ge- rangel zwischen Jelzin und dem Parlament machte deshalb am 11. September schliesslich der vormalige Aussenminister Primakov das Rennen; dieser wurde aber seinerseits im Mai 1999 wieder in die Wüste geschickt und durch Schelapin ersetzt. Jelzin ist ein kranker Mann und in vielen wichtigen Entscheidungen zögernd oder schwankend, weigert sich aber, vorzeitig aus dem Amt zu scheiden; ein in der Duma gegen ihn eingeleitetes Amtsenthebungsverfahren verfehlte wegen Nichterreichen der erforderlichen Mehrheit das Ziel. Summa summarum: Die ehemalige Weltmacht Sowjetunion ist nur noch ein Schatten ihrer selbst, besitzt aber nach wie vor ein bedrohliches Nuklearpotenzial, und sie kann kraft ihres Vetoprivilegs im Sicherheitsrat der UNO – zusammen mit China – international weiterhin grossen Einfluss ausüben. Das widerspruchsvolle Verhalten Russlands im Kosovo-Konflikt, das von Sympathiebezeugungen für die «slawischen Brüder» in Serbien mit halb verhülltem Unterstützungswillen bis zu einer Vermittlungsaktion durch den «Sonderbeauftragten» Tschernomyrdin pendelte, ist ein Beweis der notorischen Führungsschwäche im Kreml ebenso wie Ausdruck der durch die innenpolitischen Krisen bewirkten Ratlosigkeit.

* * *

Die Rezession, von welcher in den Neunzigerjahren auch die Schweiz betroffen worden ist, hat seit 1997 einem mässigen Wiederaufschwung der Konjunktur Platz gemacht. Aller-

dings ist das Bruttoinlandprodukt, das 1997 wenigstens wieder mit 1,7% zugenommen hat und 1998 an die Schwelle von 2% heranreichte, in der Berichtsperiode wieder etwas zurückgefallen. Es wird von der Schweizerischen Kommission für Konjunkturfragen für 1999 mit einem Plus von 1,5% prognostiziert, während die pessimistischere Einschätzung der Credit Suisse nur mit 1,1% rechnet; dies unter der Annahme, dass die Nationalbank mit einer vorsichtigen Expansion ihrer Geldpolitik fortfährt. Der Wiederaufschwung der Konjunktur in der Schweiz verläuft im Vergleich zur OECD (1998: 2,0%) und zur EU (1998: 2,8%) stockender, ganz zu schweigen von den USA, wo das Wachstum der Wirtschaft 1998, wie auch im Jahr zuvor, 3,9% betragen hat und für 1999 mit einem Plus von 3,6% gerechnet wird. Die Konsumausgaben haben deutlich zugenommen und die arg gebeutelte Bauwirtschaft ist im Begriff, sich zu erholen. Aber die Erhöhung des Satzes der Mehrwertsteuer wird sich negativ auf die Kaufkraft auswirken. Eher besorgniserregend ist die Exportentwicklung. Es zeigt sich aber jetzt, dass die negativen Auswirkungen der «Asien-Krise» nicht so einschneidend auf das schweizerische (und europäische) Konjunkturgeschehen gewesen sind wie zunächst befürchtet.

Erfreuliche Zahlen präsentierte der Arbeitsmarkt; die Arbeitslosenquote, die 1997 alarmierende 5,2% erklimmen hatte, war 1998 auf 3,9% zurückgegangen und unterschreitet im laufenden Jahr nun sogar 3%. Die Löhne, die 1997 leicht gesunken waren, haben 1998 um 1% zugenommen. Sehr positiv zu werten ist, dass die Konsumentenpreise fast stabil geblieben sind und auch im laufenden Jahr eine Steigerung um 1% kaum erreichen dürften. Das Schreckgespenst der Inflation ist in der Schweiz – übrigens wie auch in den Euro-Ländern (+ 1,1%), in Kanada (+ 1,7%) und USA (+ 2,3%) – kein aktuelles Problem mehr. Im Gesamtbild positiv ist auch, dass die Zinssätze durchwegs niedrig geblieben sind. Auf mittlere Frist dürfte allerdings der jetzt vorhandene Tiefstand nicht eingehalten werden können; Sorgen, dass von dieser Seite her ein spürbarer

Dämpfer auf die Investitionsbereitschaft fällt, sind nicht unbegründet.

Wegweisende Volksentscheide: Die Gefahr, dass durch eine sehr restriktive Genschutz-Initiative der Forschungspolitik Schweiz hätte stark behindert oder sogar vernichtet werden können, ist in der Volksabstimmung vom 7. Juni mit 66,7% Nein gebannt worden. Die Initiative «Schweiz ohne Schnüffelpolizei» wurde im gleichen Urnengang mit 75,1% Nein noch deutlicher verworfen. Dagegen vereinigte der Verfassungsartikel betreffend das Haushaltziel 2001, wie es von Bundesrat Villiger zur

Entlastung der stark defizitären Bundesfinanzen projektiert worden war, einen Ja-Anteil von 70% auf sich. Anlässlich des Urnengangs vom 27. September wurde die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LVSA) mit einem Mehr von 57,2% angenommen, aber eine Volksinitiative zur Beibehaltung des bisherigen AHV-Alters für Frauen (62 Jahre) mit einem fast gleich grossen Quorum (58,5% Nein) verworfen. Ebenso erging es der sog. Kleinbauern-Initiative (77% Nein-Stimmen). Am 29. November wurde die Vorlage betreffend die Finanzierung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs (FinöV) genehmigt. Hierbei ging es um Bahnbauprojekte im Umfang von 30 Mrd., zum grössten Teil für die NEAT mit den beiden Nord-Süd-Achsen Gotthard und Lötschberg. Der Vorlage wurde mit 63,3% Ja-Stimmen zugestimmt. Das Ja war – wie dasjenige zur LSVA – notwendig, wenn nicht in Kauf genommen werden wollte, dass die bilateralen Verhandlungen mit der EU Schiffbruch erleiden würden. Im gleichen Ur-



Vereidigung der neuen Bundesräte Ruth Metzler und Joseph Deiss, die im Frühjahr 1999 als Nachfolger von Arnold Koller und Flavio Cotti gewählt wurden
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

nengang wurden das revidierte Arbeitsgesetz und die Initiative «für eine vernünftige Drogenpolitik» («Droleg») klar abgelehnt. Am 7. Februar hatte der Souverän über nicht weniger als vier Vorlagen zu entscheiden. Während die vom Hauseigentümer-Verband lancierte Wohneigentums-Initiative keine Gnade fand, wurde ein neues Raumplanungsgesetz, welches der Landwirtschaft mehr Spielraum am Markt verschaffen sollte, mit 55,9% der Stimmen angenommen, ein neuer Verfassungsartikel für die Transplantationsmedizin sogar mit 80% Ja. Die Streichung der Verfassungsbestimmung, wonach aus einem Kanton nur je ein Bundesrat stammen dürfe, fand bei 75% der Stimmenden Unterstützung. Am 19. April fand schliesslich die entscheidende Volksabstimmung über die von Bundesrat Koller sorgsam betreute neue Bundesverfassung statt. Diese beschränkte sich im Wesentlichen auf die Festschreibung, klare Formulierung und Systematisierung des bestehenden Verfassungsrechts und sollte die mehrmals gescheiterten Anläufe

zur Ersetzung der Bundesverfassung von 1874 endlich zum Ziel führen. Erstaunlicherweise war die Stimmabstimmung nur gering; aber überraschenderweise ergaben sich doch 52,2% Ja-Stimmen, allerdings bei nur 13 annehmen den Ständen und 10% ablehnenden.

Einige Themen, die sich in der Innenpolitik in der öffentlichen Diskussion ebenso wie in den Parlamentsdebatten aktuell niedergeschlagen haben: Aktuell ist immer noch die Beschäftigung mit den Bundesfinanzen. Deren prekäre Situation ist zwar inzwischen ins allgemeine Bewusstsein gedrungen, aber auf dem schwierigen Weg zur Sanierung ist man noch nicht so weit vorangekommen, wie wünschbar wäre. Die Gespräche am runden Tisch, von Finanzminister Villiger nach ausländischem Vorbild für die Herbeiführung einvernehmlicher politischer Problemlösungen auf dem Weg des direkten informellen Dialogs massgeblicher politischer Kreise eingesetzt, haben sich zur

gemeinsamen Festlegung von finanzpolitischen Zielen und Massnahmen recht gut bewährt, und es sind auch konkrete Resultate in der Budgetgestaltung festzustellen. Die neuen Vorgaben für die Bundesrechnung zeige namhafte Spareffekte bei den Ausgaben. Aber die Tendenz zu grösserer Mittelbeschaffung über Steuern und Abgaben ist nicht gebrochen. Es bleibt abzuwarten, ob die Wirklichkeit bis zum Zieljahr 2001 hält, was das ehrgeizige Sanierungsprogramm zu erreichen trachtet. Mittlerweile ist die Schweiz längst nicht mehr ein typisch steuergünstiges Land, wenn man die Steuertarife von Bund, Kantonen und Gemeinden addiert. Umso wichtiger wäre nachgerade ein allgemeiner Stopp von Steuererhöhungen, wie er von einer bürgerlichen Partei als Axiom in die politische Arena getragen wird. Aber leider war es in Demokratien von jeher so, dass es die Ausgaben sind, welche in der Regel den politischen Akteuren Popularität und Stimmen einbringen, und nicht die Sparsamkeit, deren sie sich befleissigen. Die Folge ist, dass tendenziell ein stetiger Druck in Richtung Ausgabenvermehrung vorhanden ist, der von niemandem mit hinreichender Hartnäckigkeit gekontert wird. So ist der Aufwand für die Sozialwerke in der Schweiz auf dem Weg, untragbar zu werden! Und wer an ihnen zu rütteln wagt, um sie wieder ins Lot zu bringen, wird als unsozial verketzt. So gesehen zeugt es von erstaunlicher Besonnenheit der Stimmbürger, wenn sie sich anderen kostspieligen Übertreibungen eines sozialen Luxus zu widersetzen beginnen. Dass die Militärausga-



Der Ballon Orbiter 3 von Bertrand Piccard und Brian Jones am Anfang ihrer Weltumrundung
(Foto: Keystone)

ben in Zeiten geringer Kriegsgefahr beschnitten werden, soweit solche Einsparungen nicht die Kontinuität und Effizienz der Landesverteidigung in Frage stellen, ist sinnvoll; aber wenn dieser Minderaufwand nur bezweckt, immer nur höhere Sozialausgaben im weitesten Sinn zu finanzieren, dann gleichen solche Budgetmanipulationen einem willkürlichen Nullsummenspiel mit unabsehbaren Folgen für Leistungswillen und Selbstverantwortung in der ganzen Bevölkerung.

Ein anderer aktueller Themenkreis bezieht sich auf die Energiepolitik der Zukunft. In diesem Jahr drängt die Liberalisierung des Marktes für elektrischen Strom in den Vordergrund, während die Haltung gegenüber den Kernkraftwerken mit dem Problem der schieren Endlagerung nuklearer Abfälle vorläufig etwas in den Hintergrund gerückt ist. Das Parlament ist mit der Forderung einer ökologischen Steuerreform befasst. Die Forderung steht im Raum, den Verbrauch fossiler Energieformen mit einer mehr oder weniger hohen Steuer zu beladen und die Erträge der Förderung und Verbil dung erneuerbarer Energien, vorab der Elektrizität, zugute kommen zu lassen. Man verspricht sich daraus eine Verminderung des Ausstosses an schädlichem Kohlendioxid (CO₂) und eine «grüne Dividende» in Form einer Verlagerung der Produktion auf umweltfreundlichere Produkte.

Kontrovers war und ist auch die Asylpolitik, die insbesondere im Zusammenhang mit dem Anbranden einer Flüchtlingswelle aus Kosovo plötzlich wieder von hoher Aktualität ist. Im Mai 1999 befanden sich ca. 200 000 Kosovo-Albaner in der Schweiz. Das Problem ist, wie die Schweiz für Gewaltflüchtlinge weiterhin als humanitäres Exil dienen kann, ohne dass aus der Aufnahme einer enormen Zahl von Asylsuchenden ein Dammbruch für permanente Einwanderer wird, die legal oder illegal die Grenze überschritten haben. Dem etwas entgegen stand der spontane Entschluss von Bundespräsidentin Dreifuss anlässlich eines kurzen Besuches in Mazedonien, um die dortigen Flüchtlingslager zu besichtigen, auf dem Rückflug 20 Flüchtlinge in die Schweiz mitzuneh-

men. Eigentlich geht es darum, angesichts der verhängnisvollen Attraktivität der Schweiz für Migrationswillige aus aller Welt nicht noch Reklame für die Schweiz als Aufnahmeland für Flüchtlinge mit Reizung des Imitationseffekts zu machen. Es kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein, die Akzeptanz einer Unsumme von Bundesgeldern in Anspruch nehmenden Asyl- und Flüchtlingspolitik bei der Bevölkerung zu strapazieren und in ihr Gegenteil zu verwandeln.

Das bedeutungsvollste Ereignis auf dem Gebiet der Aussenpolitik war der in Brüssel erzielte Durchbruch in den langjährigen Verhandlungen über die bilateralen Abkommen, die am 11. Dezember erfolgreich abgeschlossen werden konnten und am 26. Februar in Bern von Staatssekretär Kellenberger und dem EU-Vertreter Lamoureux paraphiert worden sind. Kurz zuvor hatte Bundesrat Cotti eine Pressekonferenz abgehalten, an welcher er die unveränderte Europapolitik des Bundesrats bekräftigte und der Inkraftsetzung der bilateralen Abkommen erste Priorität zuwies, während der Beitritt der Schweiz zur EU das strategische Ziel darstellte. Gleichzeitig wurde der neue Integrationsbericht präsentiert. Am 25. März kam der Präsident der Volksrepublik China, Jiang Zemin, zu einem Staatsbesuch in die Schweiz, der zu einem unerfreulichen Eklat führte. Die Berner Polizei hatte es nicht verhindert, dass zum Zeitpunkt des militärischen Empfangsrituals auf dem Bundesplatz eine Demonstration von Tibetern auf einem gegenüberliegenden Gebäudedach stattfinden konnte. Der chinesische Gast liess den Empfang vor dem Bundeshaus platzen, indem er erst mit einer halben Stunde Verspätung erschien und die zu seiner Begrüssung vor dem Eingang zum Bundeshaus stehenden Mitglieder des Bundesrats «schnitt». Beim Austausch der üblichen Begrüssungsreden in der Wandelhalle zeigte Jiang Zemin seine Verärgerung durch den ad hoc in seine Ansprache eingefügten Satz: «Ist der Bundesrat nicht in der Lage, dieses Land zu führen? Die Schweiz hat nun einen guten Freund verloren.» Dessen ungeachtet liess sich Bundespräsidentin Dreifuss nicht davon ab-

bringen, in ihrer eigenen Ansprache auf die Verletzung der Menschenrechte durch China hinzuweisen. Das schwere Malaise konnte erst behoben werden, als am nächsten Tag Jiang Zemin in Basel die Besichtigung eines Grossunternehmens der Chemie absolvierte und entspannte Gespräche mit Vertretern der schweizerischen Wirtschaft führte. Offizielle Sanktionen sind seitens von China, abgesehen von gehässigen Pressekommentaren, ausgeblieben. Zu einer Missstimmung ist es auch zwischen der Schweiz und Israel gekommen, als sich herausstellte, dass Ministerpräsident Netanyahu den Präsidenten des WJC, Bronfmann, zu dessen Vorgehen gegen die Schweiz in der Auseinandersetzung über die nachrichtenlosen Vermögen beglückwünscht hat und in der Knesset drei führenden Persönlichkeiten des WJC einen Orden überreichen liess. Netanyahu hätte just zu dieser Zeit im Bundeshaus zu einem Besuch erscheinen sollen, sagte aber in letzter Stunde aus durchsichtigen Gründen sein Kommen am 25. November wieder ab, sodass der Bundesrat daran gehindert wurde, Netanyahu, der des Doppelspiels eines schweren Affronts überführt war, seine ungeschminkte Meinung ins Gesicht zu sagen. Eine gewisse Genugtuung herrschte im Bundeshaus, dass Netanyahu in den Wahlen in Israel ausgebootet worden ist, übrigens pikantweise genau wie der prominenteste Polemiker gegen die Schweiz in New York, der amerikanische Senator D'Amato, der auch in Wahlen seines politischen Amtes verlustig gegangen ist.

Unter der Rubrik Personelles ist zu erwähnen, dass der frühere Nationalrat und Präsident der SPS, Bodenmann, am 9. März Knall auf Fall als Regierungsrat des Kantons Wallis zurückgetreten ist. Der Grund: Schwierigkeiten im Zusammenhang mit einem familiären Immobilienobjekt in Brig, an welchem er finanziell beteiligt ist. Der Kanton Wallis verzeichnete noch andere sensationelle Affären, so eine von Unregelmässigkeiten strotzende Pleite mit einem Loch von 346 Mio. in Leukerbad; der Gemeindepräsident und vormalige Nationalrat Otto Loretan ist am 15. Januar unter dem Verdacht deliktischer Handlungen in

Haft genommen worden. Erwähnenswert ist, dass es dem Enkel von Auguste Piccard, Bertrand Piccard, gelungen ist, beim dritten Versuch einer Erdumrundung im Ballon in 19 Tagen und 22 Stunden dieses Vorhaben in der ägyptischen Wüste erfolgreich zu beenden.

Am meisten Aufsehen hat aber erregt, dass nach dem von den beiden CVP-Bundesräten Koller und Cotti gleichzeitig angekündigten Rücktritt aus der Landesregierung am 11. März eine zweite Bundesrätin erkoren worden ist. In der Tat wurde an diesem Tag die Finanzdirektorin von Appenzell-Innerrhoden, Ruth Metzler, zur Nachfolgerin von Bundesrat Koller gewählt. In einer harten Ausmarchung gegen Rita Roos (SG) kam es im dritten Wahlgang zur Stimmengleichheit, worauf sie im vierten Wahlgang mit 126:118 Stimmen obenaus schwang. Für die Wahl des Nachfolgers von Cotti brauchte es sogar sechs Wahlgänge, bis schliesslich mit dem Zufallsmehr von 120:119 Stimmen der Freiburger Joseph Deiss dem eigentlichen Favoriten der CVP, dem Zuger Peter Hess, den Rang abzulaufen vermochte. Ruth Metzler übernimmt das Justiz- und Polizeidepartement, Deiss das EDA; zu Departementswechseln unter den bisherigen Bundesräten kam es nicht. Die CVP hofft mit ihren beiden neu gewählten Bundesräten trotz ihrem anhaltenden Krebsgang in kantonalen Wahlen nach den Nationalratswahlen im kommenden Herbst beide Bundesratssitze in der nächsten Legislaturperiode halten zu können, obwohl nicht ausgeschlossen ist, dass sie auch auf Bundesebene in der Wählergunst von der dynamischeren SVP überflügelt wird.

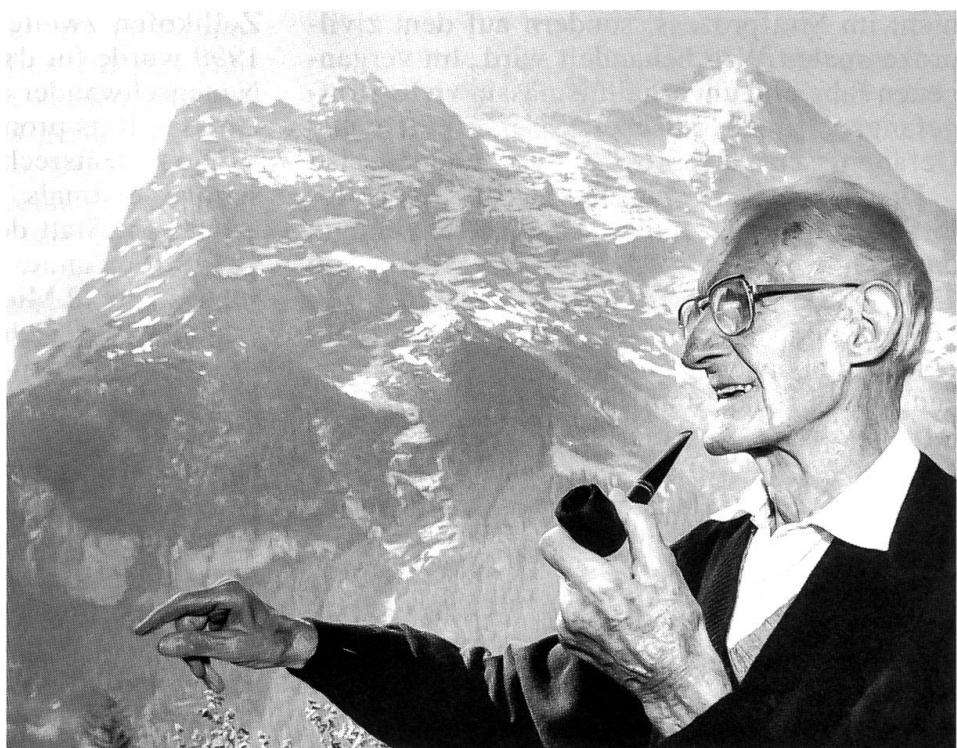
* * *

Wenden wir uns jetzt dem *Kanton Bern* zu. Dieser erlebte das, was ohne Zweifel im Nachhinein als «Jahrhundertwinter» bezeichnet werden wird, nämlich überaus ergiebige und lang andauernde Schneefälle. Diese haben leider auch Todesopfer zur Folge gehabt. Die zahlreichen Lawinenniedergänge verursachten grosse Schäden an Gebäuden, am Baumbestand und in der Landwirtschaft mit Langzeitwirkung. Im Berner Oberland wurden auch

Strassen stark beschädigt, die zum Teil für den Verkehr gesperrt werden mussten. Es wurden auf anderen Strassen auch Fahrverbote erlassen, um akuten Lawinengefahren vorzubeugen oder aufwändige Schneeräumungsarbeiten zu ermöglichen. Unter anderem war Grindelwald auf der Strasse und mit der Bahn nicht mehr zugänglich. Für die Versorgung und den Transport von eingeschlossenen Touristen mussten Helikopter eingesetzt werden. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass der «Jahrhundertwinter» auch dem Bergwild heftig zugesetzt hat.

Die Wetterverhältnisse waren auch im Frühjahr ungewöhnlich, indem es zu sintflutartigen Regenfällen kam, die vielerorts Überschwemmungen zur Folge hatten. So wurde das Mattenquartier in Bern und der untere Teil des Dählhölzli mit Tiergehegen unter Wasser gesetzt, und die Aaredämme oberhalb und unterhalb von Belp hielten der gewaltigen Wasserflut der Aare nicht stand, sodass das Belpmoos mit Flugplatz, Bauernhöfen und Gärtnereien überflutet wurde. Während mehrerer Tage musste der Strassenverkehr durch den Gemeindeteil Viehweid von Belp über die Aarebrücke nach Rubigen unterbrochen werden. Der hohe Wasserpegel des Thunersees führte auch in Thun zu Wassersnot mit Verkehrsbehinderungen und überschwemmten Kellern und Untergeschossen.

Mit einem anderen Problem wurde die Gemeinde Neuenstadt konfrontiert. Hier bedrohte verschmutztes Trinkwasser die Bevölkerung. Statt von anderswo sofort sauberes Wasser zu beschaffen, wurde von inkompetenten Funk-



Samuel Brawand, der ehemalige bernische Regierungsrat, konnte in Grindelwald seinen 100. Geburtstag feiern.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

tionären während geraumer Zeit unbekümmert weiterhin verschmutztes Wasser in die Leitung gepumpt, obwohl der unzumutbare Zustand der Wasserversorgung schon bekannt geworden war. Das bekannte Winzerfest von Neuveville musste abgesagt werden, und das Hotel Rousseau hat gegen die Gemeinde Anzeige erstattet und verlangt Schadenersatz.

In der Berner Skandalchronik wird die Figur des Konkursiten Werner K. Rey einen illustren Platz einnehmen. Nachdem er sich in die Karibik abgesetzt hatte, wurde er erst nach sechs Jahren ausgeliefert und mit einem gecharterten Flugzeug von der Berner Justiz nach Bern ins Regionalgefängnis überführt. Der Strafprozess begann am 26. April mit Verfahrensfragen, worauf der Hauptprozess erst Ende Mai beginnen konnte. Die Anklage lautet auf gewerbsmässigen Betrug im Betrag von 265 Mio., auf betrügerischen Konkurs und Urkundenfälschung. Es ist aber von Rey ein Milliardenverlust zu verantworten, der zum grössten Teil

nicht im Strafprozess, sondern auf dem zivilprozessualen Weg behandelt wird. Im vergangenen Jahr sind unverhältnismässig viele Strafgefangene aus bernischen Strafanstalten und Gefängnissen ausgebrochen, was skandalös ist.

Der Grosse Rat verabschiedete das neue Motorfahrzeuggesetz, ohne dass ein Referendum dagegen ergriffen worden wäre. Mit diesem Gesetz soll verhindert werden, dass die seit 1995 zu hoch angesetzten Fahrzeugsteuern mit einem Jahreswert von 25 Mio. an die Fahrzeughalter rückerstattet werden müssen. Das letzte Wort in dieser strittigen Frage hat das Bundesgericht. Mit 78 zu 35 Stimmen hat der Grosse Rat das Handänderungssteuer-Gesetz bereinigt, das der Kantonskasse nur 7,5 Mio. statt des Doppelten zufließen lässt. Einen Vorstoss der SP, gemäss welchem das Streikrecht in das Personalgesetz aufzunehmen wäre, hat der Grosse Rat abgelehnt. Für das Jahr 1998/99 wurde Ursula Haller (SVP) aus Thun als Ratspräsidentin gewählt. Als erster Vizepräsident rückte Heinz Neuenschwander (FDP) aus Rüfenacht nach, während Marianne Keller aus

Zollikofen zweite «Vize» wurde. Am 4. Mai 1999 wurde für das nächstfolgende Jahr Heinz Neuenschwander auf den Präsidentenstuhl des Grossen Rats promoviert.

Die Staatsrechnung des Kantons Bern schloss erstmals seit 1989 mit einem Überschuss ab. Statt des budgetierten Defizits von 181 Mio. konnte ein minimaler Ertragsüberschuss von 22 Mio. ausgewiesen werden. 1989 erhielten die Steuerzahler frohe Kunde, dass die Steuerraten neu in selbst festzusetzenden Teilbeträgen bezahlt werden können. Mitte 1999 wird entschieden, ob diese Zahlungserleichterung aufrecht erhalten wird. Alleinstehende Wochenaufenthalter, die zwei Jahre und länger in Bern arbeiten und Lohn beziehen, müssen neuerdings auch im Kanton Bern Einkommenssteuer zahlen, wie das Bundesgericht entschieden hat. Gemäss einer Studie der Credit Suisse betreffend das durchschnittliche Wachstum der Volkseinkommen von 1998 bis 2002 in den einzelnen Kantonen liegen Bern mit 1,54% und Zürich mit 2,01% an letzter bzw. zweitletzter Stelle. Mit der geplanten

Steuergesetzrevision 2001 soll das Handicap im Wachstum wegen zu hoher Steuern in Bern etwas verringert werden.

Eine Überraschung war, dass das Vermummungsverbot bei Demonstrationen gegen den Willen von Regierung und Parlament in der diesbezüglichen Initiative vom Berner Volk angenommen wurde – wie das übrigens auch vor zwei Jahren in Zürich und in Basel-Stadt der Fall gewesen war.

* * *

Die Verwaltungsrechnung der Stadt Bern schloss für 1998 mit einem Defizit von 33,8

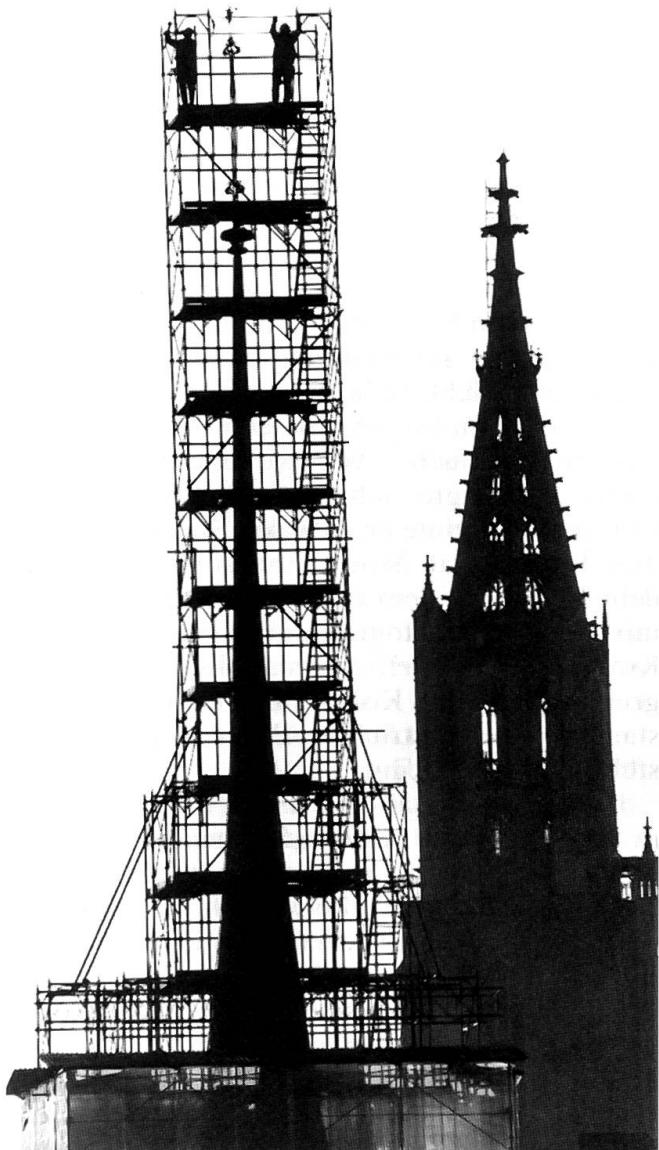


Zum Abschluss des Skulpturenweges am Grauholz zur Erinnerung an die verlorene Schlacht vor 200 Jahren und an die Gründung des Bundesstaates vor 150 Jahren verbrannte Bernhard Luginbühl am 13. September 1998 sein Werk «Hektor»
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Mio. ab, 4,8 Mio. schlechter als im Voranschlag vorgesehen. Das Defizit für das Jahr 1999 soll fast doppelt so hoch werden, nämlich 61,3 Mio, wozu die Stimmbürger am 29. November ihr Plazet erteilt haben. Die Finanzlage der Stadt Bern ist unbefriedigend, u.a. weil gut verdienende Personen je länger desto mehr ausserhalb von Bern ihren Wohnsitz nehmen und dort auch ihre Steuern bezahlen.

In zähen Verhandlungen konnte zwischen der Stadt Bern und dem Bundesrat eine Vereinbarung über den Schutz der diplomatischen Vertretungen (Botschaftsgebäude) abgeschlossen werden, gemäss welcher der Bund für diese Aufgabe 26 vom Stadtrat bewilligte Stellen zu finanzieren bereit ist, damit inskünftig eine spezielle Dienstgruppe die notwendige Überwachung übernehmen kann. Dank der erfolgreichen polizeilichen Aktion «Citro» im Jahre 1998 gegen Drogenhändler auf Stadtgebiet hat sich die vorher chaotische Situation spürbar verbessert, weshalb eine Einstellung der Aktion im kommenden Herbst möglich sein soll. Die Kriminalpolizei der Stadt war im vergangenen Jahr gefordert durch die Abklärung der Tötung eines Rechtsanwalts an der Aare, durch den vierfachen Mord im Café Safari, durch bandenmässig organisierte Gruppen von Tätern aus dem Elsass und aus Polen sowie durch die Handlungen von zum Diebstahl abgerichteten Kindern aus Rumänien. Schockiert hat das schwere Gasexplosionsunglück am Nordring, welches nicht auf ein Delikt zurückzuführen ist, aber Totalschaden am Gebäude und fünf Todesopfer zur Folge hatte.

Auch Positives gibt es zu berichten: Mit grossem Elan sind in Bern im vergangenen Jahr zwei festliche Grossanlässe erfolgreich durchgeführt worden, das Trachtenfest und das Schwing- und Älplerfest. Eine Reihe von Bauprojekten, die schon vorher geplant waren, sind fertig gestellt oder in Auftrag gegeben worden, so der Neubau der Berufsschulen GIBB und das Alte Tramdepot beim Bärengraben, wo ein Restaurant mit eigener Brauerei jetzt zur Einkehr und zum Verweilen lädt. Auch die Innensanierung des Kornhauses zu neuer Nutzung ist fertig gestellt worden. Die



Der eingerüstete Turm der Berner Nydeggkirche,
im Hintergrund die Silhouette des Münsters
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Gurtensanierung durch die Migros wurde in Angriff genommen, und eine neue Bergstation der Gurtenbahn sowie ein neues Parkhaus bei der Talstation sind im Bau, während für die Drahtseilbahn neue Wagons beschafft worden sind; das alles wird dem lange etwas vernachlässigten «Hausberg» von Bern wieder vermehrt Attraktivität verleihen.

Hans Rudolf Böckli